



Univ. Prof. EoE Dr.-Ing. Holger Magel  
Präsident der Bayer. Akademie Ländlicher Raum

zum Thema

## **Wer sichert die Zukunft ländlicher Räume? Anmerkungen zu einem brisanten landes- und gesellschaftspolitischen Thema**

am 24. Juli 2013 in Neumarkt/OPf.  
anlässlich der 17. Plankstettener Gespräche

### **War alles vergebens?**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
vielleicht haben Sie es auch registriert: In den letzten Jahren gab es von prominenten Schriftstellern wie Tony Judt („Dem Land geht es schlecht“) und Stéphane Hessel („Empört Euch“) oder Experten wie Heinrich Wohlmeyer („Empörung in Europa“) sog. Wutbücher (ich meine nicht Wutbürger), in denen dazu aufgefordert worden ist, wieder mehr deutlich seine Meinung zu sagen und die Dinge nicht einfach hinzunehmen, wie sie sind. Etwas von dieser Protesthaltung überkommt einen, konkret gesagt mich, wenn ich mich mit dem Thema ländlicher Raum und damit auch mit dem Thema Zukunft unseres Landes beschäftige. Da gibt es beispielsweise anlässlich der Landtagswahl 2013 in der Süddeutschen Zeitung vom 13./14. Juli den großen Aufmacher „Arme und Reiche. Die Lücke zwischen oben und unten klappt immer weiter auseinander“. Gemeint sind hier nicht Franken /Oberpfalz und Südbayern, sondern das Thema der wachsenden Schere zwischen wenigen immer reicheren, immer besser verdienenden Menschen einerseits und einer immer mehr zurückbleibenden Mehrheit andererseits – und hier gehört ganz besonders das künftig noch zunehmende Megathema der wachsenden Zahl von Altersarmut dazu –, aber genauso gut hätte die Süddeutsche Zeitung wie schon anlässlich der Anhörung zum LEP im März

2013 erneut den Aufmacher produzieren können: „Bayern – ein geteiltes Land“. Geteilt zwischen sich immer mehr ausbreitenden entleerten ländlichen Räumen einerseits mit schwerwiegenden (Infrastruktur)Strukturanpassungsproblemen, die von dortigen Bürgermeistern nun mit erstaunlicher Tapferkeit getragen werden ähnlich einem Patienten, der seine wenig verheißungsvolle Diagnose entgegennimmt, und boomenden vor allem südlichen Stadt-, Umland- und vor allem Großstadtregionen andererseits, die nur noch ein Problem zu haben scheinen: zu wenig preiswerte Wohnungen und die deshalb siedlungsmäßig breiartig ins Umland hinausdrängen mit all den damit verbundenen Verkehrs- und Umweltproblemen. Wieso Landesentwicklungsminister Zeil anlässlich des Tages der Selbständigen im Juli dieses Jahres den besorgten Zuhörern stolz entgegengrompetete ‚mit ihm werde es in Bayern keinen Siedlungsbrei geben ‚wird wohl sein Geheimnis bleiben. Weiß er, wovon er redet oder lässt er sich schönfärbisch berichten? Dem Gespräch mit Experten entzieht er sich ja beharrlich. Die Experten aber wissen, wovon sie reden, auch ich. Ich habe gerade über zweijährige intensive Kreisentwicklungsleitbildprozesse in den Landkreisen Freising und in Dachau hinter mir. Was mich dabei so erstaunt: es wird dort in den (kommunal)politischen Gremien kein Gedanke daran verschwendet, wie es denn wäre, wenn man diesen beängstigenden Zuzug in die Städte, von dem diese Landkreise sowohl profitieren wie auch darunter leiden, umwelt-und landschaftsverträglich und –ästhetisch in die Fläche lenken, in die weiter entfernten ländlichen Räume verteilen würde. Das ist aber in der nach eigener Sicht in der Champions League spielenden EMM durchaus der Wunsch der etwas weiter entfernten Rosenheimer OBin Gabriele Bauer (GZ vom 20.6.2013) oder jener von Landrat Rössle vom Donau - Ries. Und der Bezirksheimatpfleger von Oberbayern Norbert Göttler denkt öffentlich darüber nach (SZ vom 29./30.6.2013), ob es denn ein Naturgesetz gebe, wonach Städte unbegrenzt wachsen müssten. Immer mehr stellt sich in der Münchner StadtRegion die Frage: Stadt für Bürger oder Stadt für Investoren? Welch ein Luxusproblem mag sich mancher von Ihnen hier in der Oberpfalz nun denken. Für die Münchner Bürger ist es angesichts anhaltender Innenverdichtung durchaus ein Problem, das schön langsam an die Lebensqualität geht.

Und was ist die Antwort des Münchner OB auf Forderungen von Leserbriefschreibern oder auch von mir nach einem gewissen Stopp neuer Wirtschaftsansiedlungen oder einem Abbremsen des Münchner Zuzugs z.B. durch restriktive Bauleitplanung: Das kann man nicht, denn in Zeiten der Globalisierung entscheide die Wirtschaft mit Ihrer Standortwahl und einhergehendem Jobangebot, ob eine Stadt wie München wachse oder nicht und ob andere Landesteile sich entleeren oder nicht.

Prost Mahlzeit möchte man da nur noch sagen: was sollen dann noch Bekenntnisse und Aktivitäten z.B. der Bayerischen Staatsregierung, die auch im neuen LEP unverdrossen am Ziel der gleichwertigen Lebensbedingungen in allen Regionen Bayerns festhält. Ja, nun soll dieses Ziel ja sogar in der Bayerischen Verfassung als Staatsziel verankert werden. Schlawerweise liefert die Staatsregierung die Erklärung, was denn gleichwertige Lebensbedingungen seien, nicht mit. Es würde auch schwerfallen, zu erklären, dass Städte und Dörfer mit Geburtenrückgang, Wegzug der Jugend und zurückbleibenden Alten, mit geschlossenen Geschäften, leerstehenden Häusern gleichwertig mit dem Leben in Siedlungen im Nürnberger oder Neumarkter Nahbereich oder gar südlich von München am Starnberger See z.B. seien. Diese Fragen, was man unter reduzierter oder angepasster Gleichwertigkeit zu verstehen habe, überlässt man dann den Experten und der Wissenschaft. Deren Warnungen, dass diese, wie sie sagen, Illusion nicht aufrechterhalten sei, wenn das so weitergehe, werden schlichtweg verdrängt bzw. nicht zur Kenntnis genommen. Auch das neue Staatsziel wird, wenn man z.B. der Meinung von Professoren wie Josef Franz Lindner vom Augsburger Lehrstuhl für öffentliches Recht (Agrar-und Umweltrecht, 43.Jg. Juli 2013) folgt, an der Skepsis der Experten aufgrund fehlender Durchschlagskraft des Ziels wenig ändern. Stattdessen greift die Politik zum probaten und vertrauten Mittel: sie gießt ein Füllhorn von finanziellen Segnungen gerade heuer über den ländlichen Raum.

Auszug aus einer der letzten Kabinettsitzungen vom 16.7. gefällig? Die Erfolgsmeldung hieß: 3. Zeil, Haderthauer, Söder, Huber und Brunner:

„Gleichwertige Lebensverhältnisse für alle Bürgerinnen und Bürger und alle Regionen im Freistaat sind Maßstab unseres politischen Handelns

Und dann werden die vielen, vielen finanziellen Wohltaten aufgeführt, die jedes Ministerium parat hat. So weit so gut –und es muss konstatiert werden, dass wohl noch kein Kabinett so viel und zwar so bewusst viel für den ländlichen Raum getan hat. Aber warum um Gottes Willen möchte man fragen hat es dann nicht zu dezidierten Aussagen zum Ländlichen Raum im LEP gereicht und nur zu allgemeinem Wischiwaschi?

Und noch eines muss Sie aufhorchen lassen: Zeil, Haderthauer, Söder, Huber und Brunner – fehlt eigentlich nur noch Herrmann. Dann wäre die Liste der Ministerien komplett, die vor allem für den ländlichen Raum zuständig sind und in Kooperation, aber oft auch Konkurrenz zueinander tätig sind. Vor diesem Hintergrund möchte man tatsächlich ein integrierendes Heimatministerium herbeisehnen, das aber dann auch wirklich Zuständigkeiten und Durchsetzungskompetenz bekommen muss und nicht wieder nur einen zahloser Tiger darstellt, wie es der Staatssekretärsausschuss für den ländlichen Raum war.

Warum also, meine Damen und Herren, schaffen wir es trotz all dieser vielen Rhetorik und Förderung nicht, weite Teile unseres ländlichen Raumes zu halten, in Zeiten, wo es uns noch nie so gut ging wie jetzt, in einem Land, das so reich ist wie nur wenige andere in Europa. Ja, die Durchschnittszahlen stimmen, das ist immer so: wenn ein Bürger 5.000 Euro Einkommen hat und der Andere 1.000 Euro, dann ergibt das ein Durchschnittseinkommen von 3.000 Euro. Also alles paletti, sagt der Bayerische Wirtschaftsminister. Ob der Bürger mit 1.000 Euro Einkommen auch so denkt, wage ich zu bezweifeln.

Den ländlichen Raum halten und die vielen blauen Flächen in den Folien der Raumexperten (siehe z.B. die noch eher harmlose Grontmij FWuGutachten Karte) verringern –das wäre es!

Nur fragt man sich, wie soll das geschehen? Auch im noch reicheren Nachbarland Österreich beklagt der Präsident des österreichischen Bundesrats,

der Tiroler Georg Keuschnigg , ein Zerfallen des Landes in wohlhabende(re) Regionen und in sich entleerende ländliche Räume.

Was ist geschehen, meine Damen und Herren? Was ist schief gelaufen? Ist es einfach wie beim von manchen nach wie vor bestrittenen Klimawandel? Prof. Reichholf sagt ja, dass diese Schwankungen normal seien, einmal warm, einmal kalt. Ist es beim Land auch so: einmal glühende Liebe und Zuversicht, dann gnadenlose Abkehr von der Provinz. Wie war das noch vor 25 Jahren im Jahr unserer Akademiegründung? Der Europarat startete seine Kampagne für den ländlichen Raum, 1990 erschien der Bestseller von Alois Glück und Holger Magel „Das Land hat Zukunft. Neue Perspektiven für die Ländlichen Räume“. Alle waren begeistert, das ganze Land war erfüllt von Zuversicht und sendete diese Signale in alle Welt – bis nach China!

Und heute?

Ja, heute hören wir die Botschaft, das 21. Jahrhundert gehöre den Städten, Urbanisierung sei zudem ökologischer und energiesparender, TU Professoren lehren lieber in städtischer Planung und schwärmen in BR Fernsehsendungen vom schicken Stadtleben im Loft, möglichst im 14. Stock eines Stadttowers mit Alpenblick. Die Wirtschaft redet von den Fühlungsaspekten, notwendigen logistischen und Cluster Bedingungen etc., die nur im Ballungsraum gegeben seien – schließlich müsse man ja den Bedingungen der Globalisierung gerecht werden. Da möchte man in Umwandlung eines auf die Euro- und Europakrise gemünzten Zitats von Jürgen Habermas in der SZ vom 17. Juli nur noch sarkastisch stöhnen: “Wir alle ducken uns unter den Forderungen der Globalisierung und bestätigen durch Stillhalten bzw. Akzeptieren die scheinbare Ohnmacht der Politik, die letztlich die Masse der Steuerbürger anstelle der profitierenden Wirtschaft für den Schaden der Krise der ländlichen Räume zahlen lässt“. Denn Schaden gibt es heute schon, und er wird noch zunehmen.

Nehmen denn die erfolgsverwöhnten Ballungsräume die Krise des ländlichen Raumes überhaupt wahr? Wenn ja, dann nur oberflächlich, gleichsam

mit Kommentaren wie "Mei da oben(gemeint ist v.a. Hof und Wunsiedel) schaut's vielleicht aus. San ma froh, dass wir hier im Süden leben".

Vor kurzem war ich bei der Jahreskonferenz der Europäischen Metropolregion München in Waging. Mein Eindruck war: im dortigen Teil Bayerns scheint es keine Probleme zu geben ; das hatte MP Seehofer wohl im Sinn, als er dem verdutzten BP Gauck auf dessen Frage antwortete: wir haben keine Probleme in Bayern, Na ja, vielleicht die bereits erwähnten Probleme eines starken Zuzugs in die Metropole München mit einhergehender Wohnraumverknappung und immer höherer Mietpreissituation, die nun auch die freien Marktanhänger zum politischen Handeln zwingt. Aber da das Umland und sogar die weiter entfernten ländlichen Räume auch boomen, sieht man innerhalb der EMM kein echtes Problem für die Zukunft. Die Tatsache, dass sehr lange Pendlerstrecken in Kauf genommen werden und damit viel Verlust von Zeit, Lebensqualität und Energie verbunden ist, wird überhaupt nicht mehr thematisiert. Allenfalls in der Wissenschaft und das auch erst jetzt unter dem Stichwort WAM- Wohnen –Arbeiten –Mobilität. Ob da allerdings der ländliche Raum der Profiteur sein wird, wenn es darum geht Wohnen und Arbeiten räumlich zusammenzubringen, ist die Frage.

Anders dagegen in München, wo sich wie erwähnt zunehmend unter den Eingesessenen Widerstand rührt und wo z.B. immer häufiger gefragt wird, ob das richtig ist, dass sich ganze Landstriche entvölkern, während die dichtest bebaute Stadt Deutschlands mit dem geringsten Grünflächenanteil aller deutschen Großstädte weiter nachverdichtet werden soll. Diese Einwohner werden aber sehr schnell als Egoisten und Nimby-Protestierer diffamiert, die sich halt ihren hohen Lebensstandard auf Kosten der Neubürger sichern wollten. Aber haben wir nicht von der Dorferneuerung bereits in den 80er Jahren gehört, dass unorganisches Wachstum aus vielen Gründen schlecht ist, muss das nicht auch in der Stadt gelten – trotz mancher insbesondere migrationsbedingter Zwangsbedingungen?

Es gibt keinen Blick über den EMM Rayon hinaus, kein Bemühen solidarisch für den Gesamttraum Bayern zu denken. Hauptsache, die Arbeitsplätze sind bei uns oder kommen zu uns – und notfalls fahren wir halt täglich

120 km nach München rein und am Abend raus. Entsprechend schauen die Verkehrsstauchungen auf den Autobahnen in der Früh und am Abend aus! Ein Wahnsinn eigentlich – aber wir haben uns nicht nur im Süden Bayerns daran gewöhnt und diskutieren höchstens noch, wie man mit noch mehr ausgefeilten und dann alsbald wieder schnell ausgelasteten Mobility Konzepten und Strukturen die Menschen zur Arbeit in den Städten bringt anstelle umgekehrt die Arbeit zu den Menschen. München ist eigentlich am Ende – es braucht dringend neue Verkehrswege- und die Bürger stellen sich quer. Wen wundert das?

Das gelobte Land schafft den Spagat bald nicht mehr: Hoher Zuzug von Menschen und Arbeitsplätzen mit allen damit verbundenen Chancen und Problemen und zugleich Überforderung der Bürgerschaft, die halt gefälligst einsehen soll, dass das der Preis des Wohlstands und der Globalisierung ist ,bei der es offensichtlich nur ums Geld und Profit geht. Und gleichzeitig bluten Regionen aus, die zwar stolze, sprich geringe Arbeitslosenzahlen aufweisen (was keinen wundern kann, wenn keine Jugend mehr da ist, die nach Arbeit in der Region sucht – nicht mehr da ist ,weil sie nach München oder anderswo weggezogen ist oder gleich gar nicht geboren wurde), aber keine oder nur noch eingeschränkte Perspektiven haben...

### **Wer sichert die Zukunft der ländlichen Räume?**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vielleicht ist nun schon deutlich geworden: eine Solidarität zwischen sog. Erfolgsräumen und Problemräumen ist wohl nicht zu erwarten. Das muss uns nicht wundern: lange genug hat man den Regionen eingebläut, sich auf eigene Stärken zu besinnen und den Standortwettbewerb zu gewinnen. Hinzu kommt die gefährliche (Ver)Lockung der Gewerbesteuer, so dass es einen gnadenlosen und leider oft auf dem Rücken der Landschaft und der Verkehrsbelastung ausgetragenen Wettbewerb zwischen den Gemeinden, zwischen den Regionen gibt. München wird von sich aus nichts nach Nürnberg abgeben – ich meine nun nicht die 4 Apostel von Dürer, sondern neue Firmensitze. Das muss jemand höherer oder mächtiger machen, wenn man nicht der OB Ude Theorie folgen will, dass es nur die Firmen sind, die bestimmen. Es muss schon der

Staat lenken und steuern. Alles andere käme einer Ohnmachtserklärung des Staates gleich und hat nichts mit Freidemokratischem Liberalismus einerseits oder sozialistischem planwirtschaftlichen Denken andererseits zu tun.

Ein hübscher Lackmustest wäre ja, wenn man den Vorschlag von Rembrandt Scholz vom Rostocker Max Planck Institut für demographische Forschung (SZ vom 16.7.2013) umsetzen wollte. Er schlägt aus Gründen der Gerechtigkeit – immerhin hat auch die viel zu wenig gehörte deutsche Philosophie (Rümelin, Vosskuhle) eine Meinung zu diesem Thema und zu der von John Rawls begründeten und auf die Lebensbedingungen bezogenen Theorie der Gerechtigkeit – eine Umlage vor. Wandern Menschen von einer Region in die andere, zahlt die neue Heimat an die alte. Die kann damit – so Scholz – den Verlust der Einwohner kompensieren und die Lebensqualität (??) erhalten.

Stellen Sie sich vor, Sie diskutieren diesen Vorschlag mit dem Münchner OB, von dem man übrigens noch nie oder zumindest äußerst selten etwas zum Thema ländlicher Raum gehört hat, oder vielleicht doch besser mit dem konzilianteren OB von Nürnberg – es dürfte bei beiden schwierig werden. Wie lange hat es gedauert, bis man eine Verbesserung des ländlichen Raumes beim kommunalen FAG erreicht und den sog. veredelten Bürger abgeschwächt hat. Immerhin muss ich zur Ehrenrettung von Herrn Maly sagen, dass er als Bayerischer Städtetagspräsident erst kürzlich die Stärkung der ländlichen Regionen gefordert hat und innerhalb der EMN um eine gute Zusammenarbeit mit dem ländlichen Umland bemüht ist. Aber dennoch bluten weiterhin ganze Regionen innerhalb der EMN aus...

Natürlich bleibt im Moment gar nichts anderes übrig, als mit den m.E. noch viel zu zersplitterten Fördertöpfen und Maßnahmen den Problemen an den Leib zu rücken, natürlich gilt die Aussage, nur Kommunen, die den Wandel aktiv angehen, haben in der Zukunft eine Chance. Das wissen Sie, das wissen immer mehr bayerische Bürgermeister, ich muss Ihnen dazu nichts mehr erzählen. Das haben wir in der ALR, an der TUM und an den SDL



rauf und runter diskutiert: es sind Kooperation und Vernetzung angesagt, interkommunale Zusammenarbeit, Funktionales Sharing ‚Aufteilen‘ der Daseinsfunktionen auf verschiedene Ortschaften und Ortsteile bzw Dörfer.. Das versuchen tagtäglich die ALE oder nun auch die Regionalmanager, Leaderexperten und Städtebauförderer etc., zunehmend auch gemeinsam. Die neue Devise lautet: Nur gemeinsam ist man stärker, deshalb wird gar nichts anderes mehr übrig bleiben, als dass man endlich nur noch gemeinsame Sache macht und zwar überall: in Wachstumsräumen, um Landschaften, Freiräume zu schonen und Verkehre zu minimieren, in schrumpfenden Räumen, um sich darauf zu verständigen, wo in Arbeitsteilung das Mindestangebot an Daseinsgrundfunktionen am besten erfüllt und gesichert wird. Dieser Dörfer und gemeindeübergreifende Ansatz heißt heute im EU-Jargon place and space based approach. Am Platz oder Ort die richtige Infrastrukturentscheidung, aber immer aus der höheren Warte des space, des Raumes betrachtet! Also Landkreisweit oder Regionsintern etc. Hinzu kommen immer ausgefeiltere und ziemlich sophisticated EU Ideen-na ja, denen in Brüssel muss ja ständig etwas einfallen, ansonsten wären sie nur ein reiner Geldautomat.

Ziel sollte es ja sein, durch eigene Aktivitäten, abgeschirmt und unterstützt durch entsprechende staatliche Rahmenbedingungen und Fördergelder, das zu erreichen, was die die Devise vom Sunshine Staat Florida ist: „**Jobs (should) follow people!**“ Wie das erreicht werden soll, wäre nun ein eigener Vortrag. Nur so viel heute: Florida setzt auf die drei T’s:

Talente, (High)Technology und Toleranz.

Über diese drei T’s, bezogen auf Bayern oder Ihre Region, könnten wir uns aber auch gemeinsam in einem Workshop hermachen. Ich garantiere Ihnen, dass diese 3 T’s auch bei uns Gültigkeit besitzen und jeweils regional durchdekliniert werden können. Zu Talenten gehört zwangsläufig auch Kompetenz. Damit meine ich auch die Kompetenz und insbesondere Kompetenzaneignung der Gemeinden und ihrer behördlichen Partner im ländli-

chen Raum. Da sehe ich weiter den zeitlosen Bildungsauftrag gerade auch der SDL!

Der bereits erwähnte oberbayerische Bezirksheimatpfleger und bekannte SZ Filmkritiker Norbert Göttler fordert angesichts des Münchner Problems, das bekanntlich symptomatisch für den Süden Bayerns ist, man müsste halt in schwache Regionen investieren. Tja, wer denn? Die Wirtschaft, freiwillig oder angeschoben und gedrängt oder gelockt (wie im Osten Deutschlands) durch den Staat? Ist dieser wirklich so ohnmächtig geworden? Sind Otto Schedls Ruhmestaten als gestaltender Wirtschaftsminister für den ländlichen Raum heute nicht mehr möglich? Wir erinnern uns doch noch, wie die Begründung Stoibers hieß, als er dem Umweltministerium und dem völlig überraschten Werner Schnappauf die Landesentwicklung wegnahm und zum Wirtschaftsministerium gab: weil damit aktiver im ländlichen Raum gestaltet werden kann. Findet das denn nun mit Erfolg statt? Zur Erinnerung: Ude meint, das könne man nicht beeinflussen.

Derweilen konzentriert sich der Staat auf Behördenansiedlungen außerhalb Münchens. Die Wirtschaft ist da noch sehr zögerlich. Jobs follow people? Vielfach Fehlanzeige. Es muss aber, so Göttler, Anreize geben, dass die Entwicklung in Deutschland sich nicht nur auf 5, 6 große Städte konzentriert. Genau das haben die Oberbürgermeisterin von Rosenheim, Gabriele Bauer oder der Landrat von Donau-Ries im Sinn, wenn sie wie erwähnt sanft, aus meiner Sicht, viel zu sanft, anmahnen, das Bevölkerungswachstum innerhalb der Europäischen Metropolregion doch breiter zu streuen, gleichmäßiger innerhalb der Region zu verteilen. Aber dazu gehören dann auch Neue Arbeitsplätze!

Gibt es darüber eine Diskussion? Wieder Fehlanzeige aus meiner Sicht. Auch die Frage, was so eine Metropolregion vor dem Hintergrund der vielbeschworenen Stadt-Land-Partnerschaft überhaupt bringt, wird nur schmallippig beantwortet : Es gibt keine Vorstellungen ,wie diese Partnerschaft aussehen könnte, weder von Seite der Stadt München, der nichts dazu einfällt, was sie eigentlich dem ländlichen Raum geben könnte, noch den umgebenden ländlichen Räumen bis hin zum Traunsteiner Land, was sie von

der großen Stadt München fordern könnte. Das einzige, was man vielleicht nennen könnte und das ist ja geradezu tragisch, ist eine bessere Schienenverbindung, damit die Menschen von Traunstein, von Altötting besser und schneller nach München kommen könnten. Dazu passt, dass, was ja auch in „Quer“ zu sehen war, Mühldorf in Münchner S- und U-Bahn Stationen damit wirbt: „Arbeiten in München, billiger wohnen in Mühldorf“. Richtig wäre ja: Wohnen **und** Arbeiten in Mühldorf!

In der EMN ist es vielleicht ganz oder partiell anders, denn diese Metropolregion ist ja zum Musterknaben der deutschen und europäischen Raumentwicklungspolitik aufgestiegen ist.

Wahrgenommen aber –und das bestimmt ja letztlich doch den politischen Takt und Sensus- wird vor allem, was im Süden Bayerns passiert. Da beißt die Maus keinen Faden ab: hier sitzen die Entscheidungsträger, hier die Weltfirmen und Lobbyverbände etc. Deshalb heute mein so starker Focus auf die Entwicklung in diesem Raum .Was hier gedacht wird, wirkt sich überall aus. Was hier falsch gedacht wird, natürlich auch...

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sieht so die Zukunft in Bayern aus? München wächst und wächst und wächst und mit ihm der ganze Süden Bayerns, der auf München hin zentriert ist mit zugegebenermaßen daneben noch kleineren eigenständigen und prosperierenden urbanen Zentren im ländlichen Raum. Und der Norden und Osten Bayerns ? Sie stellen ein heterogenes Bild von einerseits starken und andererseits immer schwächer werdenden Regionen dar. Da muss dann die heiß diskutierte Behördenver- und Hochschulauslagerung helfen, wenn schon die Wirtschaft nicht mit guten Beispielen voran geht. Nur hier kann der Staat selbst entscheiden. In der Kabinettsitzung vom 16. Juli ist von weiteren Verlagerungen von Arbeitsplätzen insbesondere in der Steuer- und Vermessungsverwaltung etc. in den ländlichen Raum die Rede. Es gibt ja auch schon viele schöne Beispiele von Hochschulniederlassungen im ländlichen Raum, die die drei T's symbolisieren bzw. umsetzen: Talente, HighTech und Toleranz, wenn nämlich viele Ausländer und andere Lebensstile und Auffassungen dazu kommen.

Auch das Amt für Ländliche Entwicklung in Tirschenreuth fällt ja unter diese Rubrik. Ich möchte diesen Fall heute nicht neuerlich sezieren. So richtig es einerseits ist, so ein Amt in den ländlichen Raum, selbst in extrem exzentrischer Lage, zu verlagern, denn warum soll es eigentlich in einer Großstadt sitzen, die ja auch folgerichtig keinen Finger krumm gemacht, um das Amt zu behalten – so schlecht ist es, ein dermaßen siechendes, an Personalabbau leidendes Amt als angeblich starkes Signal in den ländlichen Raum zu verlegen. Das Gegenteil wäre richtig gewesen: Genau dieses Amt hätte man von weiterem Personalabbau verschonen und stattdessen sogar ausbauen müssen, um die erhofften Akzente bzgl. Angebot von neuen hochqualifizierten Arbeitsplätzen und andererseits an wirtschaftlichen Impulsen durch die sich dort ansiedelnden Menschen und Familien zu setzen. Diese Stärkung eines Amtes in schwerst geschädigtem ländlichem Raum hätte u.U. auf Kosten der anderen Standorte erfolgen müssen, hätte also ein solidarisches Mittragen erfordert.

Ich möchte damit zur Beantwortung meiner Themenstellung kommen: **Wer sichert die Zukunft der ländlichen Räume?**

Klare erste Antwort: es muss **zunächst der Staat** sein, der Garant der gerechten Entwicklung ist und deshalb auch mutige Entscheidungen treffen muss, notfalls auch zu Lasten der Bessergestellten. Folgt man der Gerechtigkeitstheorie von John Rawls, wird und darf es immer Unterschiede zwischen den Menschen und zwischen den Räumen geben. Alles andere wäre lebensfremd – zu unterschiedlich sind die (Standort)Bedingungen, Kulturen, Denkweisen etc. Das darf man nicht beklagen, das macht ja auch den Reiz und die Vielfalt eines Landes aus. Kritisch wird es und ein klares Stoppschild gibt es aber dann, wenn die Unterschiede zu groß werden zwischen arm und reich, zwischen wohlhabenden und armen Regionen, wenn es an den Lebensnerv geht, wenn es keine Lebensqualität mehr gibt – schlichtweg, wenn es ungerecht wird!

**Wie sehr ein Appell an die Wirtschaft lohnt?** Weniger an die KMUs, die jetzt schon die ländlichen Räume prägen. Wir brauchen zur Allokation da und dort auch größere Maßstäbe. Hier muss ich einen Appell an die Wirt-

schaft richten, die ja aufgrund ihrer Lobby Arbeit und Nähe zur Politik diese im Denken stark beeinflusst. Erinnern Sie sich noch: 2008 erschütterte erstmals ein Denkansatz Bayern, der unter dem Stichwort Anbindestrategie in die Geschichte einging. Die Kölner Vordenker der vbw aus dem Institut der deutschen Wirtschaft ersannen das Modell, wonach es aus ökonomischen Gründen einfach besser sei, statt im ländlichen Raum weiter unökonomisch zu investieren die Menschen zu den größeren Städten zu bringen, indem man bessere Straßen etc. baut. Motto: **People follow jobs!!** Ich erinnere mich noch gut, wie schnell MP Beckstein, assistiert von Markus Sackmann, diesen Vorschlag politisch versenkte – und zwar innerhalb eines Tages. So groß war die Entrüstung.

Das hat allerdings nicht viel geholfen, denn die Wirtschaft tickt so: im Gewande des Gutachtens des Zukunftsrats vom Januar 2011 kam exakt diese Idee von der Stärkung nur weniger großer Städte, wo das tolle wirtschaftliche Wachstum stattfinden soll, wieder zum Vorschein – auch dieses Mal wurde die Idee wieder politisch versenkt, weil die Presse lustvoll-missverstehend das angebliche Abgeben von Passau an Oberösterreich und von Hof an Sachsen zum landesweiten Empörungsthema machte. Da war tatsächlich mal etwas fachliches Anlass zur Empörung! Immerhin hat dieser Affront die niederbayerischen Landkreise bewegt und zu einem eigenen allerdings zum Wunschkonzert verkommenen Entwicklungskonzept geführt.

Man darf also gespannt sein, ob es eine Fortsetzung der Anbindestrategie, die ja leider ohnehin tagtäglich auf bayerischen Straßen, Bussen und Zügen gelebt wird, geben wird – noch dazu wenn die gegenwärtige allzu liberal – marktwirtschaftliche Denke anhält. Das neue LEP ist ja leider Ausdruck dieses Denkens geworden und verheißt nichts Gutes für die Zukunft.

So bleibt es denn

**3. an den Bürgern**, an sich zu glauben und ihr Schicksal in die Hand zu nehmen und zu versuchen ,die ländlichen Räume zu sichern. Es ist ja interessant, dass dieser Gedanke ja auch der geplanten Verfassungsänderung

zugrunde liegt. In der Begründung zur Verfassungsänderung (LTDrs.16/15140,S.6) ist davon die Rede, „dass gleichwertige Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen zunächst einmal eine gesamt gesellschaftliche Aufgabe sind, keine alleinige Aufgabe des Staates.(Lindner a.aO.). Hier sind gerade der Landkreis und die Stadt Neumarkt, Regina und LR Löhner ein Symbol für diese aktive Bürgerarbeit mit Glauben an die Zukunft geworden. Hier ist man eine Mischung eingegangen von modernen Planungs-, Beteiligungs- und Kooperationsverfahren, gerade auch mit der Wirtschaft, mit Ideensuche nach neuen Jobs und Attraktivitäten.

Aber es tut halt weh, wenn man in der SZ Ausgabe „Jetzt .Leben und Job“ Heft 3/13 blättert und einen Artikel findet mit dem Aufmacher: „Unterm Kirchturm. Dass es in eher abgelegenen Regionen gute Arbeitgeber (heute sagt man hidden champions, darunter auch Huber, Berching gibt), ist bekannt. Aber will man wirklich dahin?“

Tendenziell wird hier etwas suggeriert, was prompt auch im Titeltext anklingt: ...ein Heft über Pendler, das Arbeiten in **der Provinz...**

Stichwort Provinz: da will ja niemand leben von den Jungen – das müssen oder können sich bewusst nur ältere oder sehr erfolgreiche Menschen leisten – zumal es ja derzeit wieder richtige Powerliteratur gibt zum urbanen Thema: nur das Leben in der Stadt ist schön, nur dort ist man kreativ etc., auf dem Lande ist man zurückgeblieben, eben provinziell. Die vielen in Wartezimmern aufliegenden HochglanzCountryside-Broschüren und der medial suggerierte Landlust Boom sind leider nicht repräsentativ für die Wirklichkeit.

Uwe Brandl, der ebenso kraftvoll wie auch sensibel denkende, dichtende und formulierende Gemeindegatspräsident träumt deshalb von einer eigenen modernen ländlichen Lebensart und Entsprechung, die er **rural life style** nennt. Das wäre trendy, das wäre u.U. ein Hoffnungsschimmer für die Zukunft, damit könnte man der Vision der drei T's und von Jobs follow people wieder näher kommen. Das hieße natürlich z.B., dass die von wegziehenden Jugendlichen viel beklagte soziale Enge und Kontrolle in den Dör-

fern und ländlichen Räumen einer neuen Toleranz und Frische weichen müssten. Wir stehen erst am Anfang einer Diskussion, die wir m.E. viel energischer führen müssten. Zu sehr sind wir mit eher handwerklichen Aktionen beschäftigt, mit Diskussionen über Leerstandsmanagement, Energieherausforderungen, Innenentwicklung, infrastrukturelle Anpassung etc. Lauter Dinge, die absolut wichtig sind, die aber genauso absolut unattraktiv sind für die erhoffte Bindung der Jungen! Bildung, Kunst, Kultur und Soziale Aspekte sind gefragt bei jungen Menschen - das sagt z.B. der Beirat der SDL Thierhaupten, das zeigt in wunderbarer Weise Oberhembach, das wir heute noch besichtigen werden und das von der Wüstenrot Stiftung ausgezeichnet wurde. Unser Kopf ist blockiert von den Gegenwartsproblemen, wir ergeben oder stürzen uns in unser Schicksal, sind stolz, wenn Bürgermeister ihre Schrumpfung ordentlich hinbekommen, begleitet vom Lob des Staats und öffentlicher Medien, aber fragt denn jemand, ob das wirklich innerlich, seelisch befriedigt? Wie soll der Wegzug aufgehalten werden, wenn man tagtäglich vernimmt, wie gut es anderen Menschen und Gemeinden in anderen Landesteilen geht.

Was ich glaube und fordere ist: wir brauchen wieder mehr Glauben an unsere Potentiale, an unsere regionale Identität und Kraft, mehr Glauben an eine mehr und mehr selbstbestimmte Zukunft im ländlichen Raum, wir brauchen wieder mehr Kreativität und Visionen, wie wir z.B. mithilfe der drei T's Zukunft und Heimat eröffnen und sichern für die jungen Menschen. Das mag vielen illusionär erscheinen, aber den Zweiflern und Kritikern halte ich entgegen, Ihr habt es Euch vielleicht schon zu schön und praktisch mit Euren Problemen eingerichtet. Ich werde immer völlig apathisch und kraftlos, wenn ich an Veranstaltungen teilnehme, wo nur noch und zwar ausschließlich über dieses Problem der Schrumpfung als Gott gegebenes Schicksal etc. geredet wird und dazu die öden Zahlen der demographischen Entwicklung heruntergebetet werden. Nichts aber dazu, wie man das Blatt wenden oder Neues, inspirierendes versuchen könnte! Ab du zu darf dann noch ein Vorzeige - Jugendlischer aus dem ländlichen Raum, möglichst von der KLJB, tapfer von seinen Ideen zum Leben im ländlichen Raum reden und dann war's das schon. Null Energieschub, null Zuversicht!

Wir brauchen aber neue Zuversicht für den ländlichen Raum, neue Ideen und Visionen. Wie hieß es 1988 in Neukirchen :“ Was braucht das Dorf der Zukunft? Geld oder Philosophie oder Geld oder Beides?“

Am Geld fehlt es m.E. nicht - es fehlt an ansteckender Philosophie! Das wäre der Auftrag auch an die SDL Plankstetten, dazu wurde sie gegründet, das auch liegt dem Gedanken der von Albert Löhner initiierten School of good governance zu Grunde: gemeinsam im Sinne einer Neuen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Kommunen, Wirtschaft und den alles entscheidenden Bürgern und hier vor allem Kindern, Schülern, Auszubildenden und Studenten die Zukunft zu diskutieren und wieder zu träumen. Ich bin z.B. total begeistert von den Diskussion an der SDL Thierhaupten ,wo über sog. Raumpioniere ,die etwas bewegen ,ebenso nachgedacht wird wie über ein Netzwerk von sog. Individuellen Daseinsversorgungszellen (IDZ),die aufbauend auf den Potentialen ,die in einem Raum vorhanden sind, die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum flexibel und keineswegs nach einheitlichen Standards übernehmen. Natürlich müssen solche IDZ dann ihren Platz finden im ohnehin überarbeitungsbedürftigen System der zentralen Orte. Das und vieles mehr muss angedacht und mutig erträumt werden.

Sie wissen ja die alte Wahrheit:

„Wer nicht den Mut hat zu träumen, der hat nicht die Kraft zu handeln.“

Ich wünsche Ihnen wieder diesen Mut. Geben Sie nicht auf.